

zum LSV-Ausschuss am 17.03.2016, TOP 4

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 03.03.2016

Az.

Zuständig: Spachmann Monica, ☎ 08092-823-195

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

LSV-Ausschuss am 17.03.2016, Ö

Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, Ö

Kreistag am 25.07.2016, Ö

Landratsamt Ebersberg; Machbarkeitsstudie Aufstockung Nordtrakt

Sitzungsvorlage 2016/2631

I. Sachverhalt:

Diese Angelegenheit wurde bereits behandelt im

- LSV vom 20.05.2015 TOP 8 NÖ

Insbesondere aufgrund der steigenden Asylbewerberproblematik ist derzeit ein Mitarbeiterzuwachs zu verzeichnen, der innerhalb des Hauptgebäudes räumlich nicht mehr abgedeckt werden kann (50 von 59 neuen Stellen im Stellenplan 2016)..

In der o. g. Sitzung wurden die kurz-, mittel- und langfristigen Raumplanungen zur Raumknappheit im Landratsamt vorgestellt. Zwischenzeitlich wurden Räume im Gebäude der Fa. Reischl (ehemalige Post) angemietet und die Freigabe zur Umnutzung der ehemaligen Klassenräume im Holzpavillon an der Realschule Ebersberg erteilt. Damit kann voraussichtlich der Raumbedarf für die gemäß Stellenplan 2016 genehmigten Planstellen abgedeckt werden. Etwaige Stellenmehrungen für das Jahr 2017 könnten damit nicht mehr dargestellt werden.

Zur langfristigen Raumplanung wurde eine Machbarkeitsstudie für die Aufstockung des Nordtraktes (Parkdeck mit Archiv- und Büroräumen darunter) durchgeführt. Das hierzu beauftragte Büro (Herr Haas-Kahlenberg) wird diese in der Sitzung vorstellen. Die Statik des Gebäudes wurde bereits für eine maximale Bebauung vorgerüstet. Es erfolgt eine enge Abstimmung mit der Stadt Ebersberg im Hinblick auf die maximale Bebauung (evtl. Anpassung Bebauungsplan) sowie den erforderlichen Stellplatznachweis.

Durch eine maximale Aufstockungsvariante würden 24 zusätzliche Stellplätze benötigt, die auf eigenem Grund nachzuweisen sind bzw. für die eine ortsnahe dingliche Sicherung nachzuweisen ist. Dies ist erfreulicherweise ohne großen Aufwand möglich und wird in der Sitzung näher erläutert.

In der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses vom 15.02.2016 wurde eine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90 - Die Grünen“ behandelt, die unter anderem auch die Bebauung des Landkreisgrundstückes mit der Flurnummer Flur-Nr.: 722/31 Gemarkung Ebersberg zum Thema hatte. Hier sollte eine Bebauung in Modulbauweise geprüft werden. Im Falle einer Bebauung dieses Grundstückes entfallen die dort nachgewiesenen 37 KFZ-Stellplätze generell bzw. mindestens aber für die Dauer der Bauphase. Das Baurecht wäre mit der Stadt Ebersberg abzuklären.

Wenn primär das Ziel verfolgt werden soll, den sich ergebenden Raumbedarf auf Grundstücken des Landkreises abzudecken, ergeben sich zwei Möglichkeiten:

- Bebauung des Parkplatzes neben dem Jugendzentrum und
- Aufstockung des Nordtraktes.

Aus der Sicht der Verwaltung ist eine mögliche Erweiterung mittels Aufstockung des Nordtraktes die sinnvollere, auch räumlich nähere Variante. Jede räumliche Trennung führt zu Effizienzverlusten in der Zusammenarbeit und damit auch zu Mehrkosten. Damit kann das o. g. Grundstück neben dem Jugendzentrum für die Zukunft erhalten und zur Nutzung der dort befindlichen Stellplätze vorerst weiter verwendet werden.

Die prognostizierten Kosten der maximalen Aufstockungsvariante (zusätzlich 3 Geschosse) liegen bei ca. 4,4 Millionen Euro. Aufgrund der Kostenunschärfe einer Machbarkeitsstudie wird von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, die derzeit ermittelten Kosten mit einem Zuschlag von ca. 25 % zu versehen und damit die Maßnahme mit einem Budget von 5,5 Mio. € auf die Warteliste zu setzen.

Auswirkung auf Haushalt:

Für die Aufstockung des Nordtraktes ist mit Kosten in Höhe von ca. 5,5 Mio. € zu rechnen.

Falls der Kreistag im Oktober die Maßnahme von der Warteliste nimmt, wären die notwendigen Mittel im Haushalt 2017 und folgende einzuplanen.

II. Beschlussvorschlag:

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Die Maßnahme „Aufstockung Nordtrakt“ zur Schaffung von notwendigen Arbeitsplätzen wird weiterverfolgt und mit Kosten in Höhe von 5,5 Mio. Euro auf die Warteliste genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten der Bebauung mit der Stadt Ebersberg zu besprechen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die nächsten Schritte z. B. die Einbindung einer Projektsteuerung sowie die Einleitung eines VOF-Verfahrens vorzubereiten und dem LSV-Ausschuss in einer der nächsten beiden Sitzungen zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.**

gez.

Spachmann Monica